



LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
167 · Ausgabe CH · Dezember 2016
AZB 3001 Bern

SP

Nicht schon wieder!

Die USR III führt zu Ausfällen von über 3 Milliarden Franken, das sagt die Steuerverwaltung. Im Abstimmungsbüchlein steht davon aber nichts. Das weckt Erinnerungen an die Abstimmung über die USR II – schon damals wurde die Bevölkerung hinters Licht geführt. Seiten 2 und 3

«BAD NEWS»

Christian Levrat hat die US-Wahlen in einer Kleinstadt an der Grenze zu Kanada mitverfolgt und unter anderem auch mit einem «Angry white man» gesprochen. Seite 7

INTERNATIONALE IN DER KRISE

Die Sozialistische Internationale, unter der Präsidentschaft von Willy Brandt in den Achtzigern weltweit breit wahrgenommen, steckt heute in einer tiefen Krise. Seite 13

Das hatten wir doch schon mal ...

DIE USR III FÜHRT ZU AUSFÄLLEN VON MINDESTENS 3 MILLIARDEN FRANKEN IN DEN KASSEN VON BUND, KANTONEN UND GEMEINDEN. IM ABSTIMMUNGSBÜCHLEIN IST JEDOCH NUR VON 1,1 MILLIARDEN DIE REDE. DAS WECKT ERINNERUNGEN AN DIE USR II.

Andrea Bauer,
Redaktorin links

Seit Jahren steht die Schweiz international unter Druck, die kantonalen Steuerprivilegien für Holdings, gemischte Gesellschaften und Domizil- oder Sitzgesellschaften abzuschaffen. Mit der Unternehmenssteuerreform III (USR III) will sie das jetzt tun und das ist gut so. Nicht gut ist hingegen, dass die alten Privilegien – ebenfalls im Rahmen der USR III – gleich wieder durch neue ersetzt werden. So wird mit der USR III eine sogenannte Toolbox geschaffen. Diese enthält verschiedene Instrumente, mit denen die Kantone Holdings steuerlich privilegieren können. Zusätzlich zu diesen Instrumenten schüttet der Bund 1,1 Milliarden Franken an die Kantone aus, damit sie den Wegfall der alten Steuerprivilegien für Sondergesellschaften mit einer generellen Steuersenkung für alle Unternehmen kompensieren können. Das

Schon bei der USR II wurde der Stimmbürger nicht reiner Wein eingeschenkt.

alles zusammengerechnet reisst Löcher in Milliardenhöhe in die Kassen von Bund, Kantonen und Gemeinden.

Ausfälle von 3 Milliarden und mehr

Gemäss einer vorläufigen Zusammenstellung der Eidgenössischen Steuerverwaltung entstehen allein durch die Steuersenkungen in elf Kantonen Mindereinnahmen von rund 1,9 Milliarden Franken. Zusammen mit den 1,1 Milliarden beim Bund ergibt das Ausfälle in der Höhe von 3 Milliarden. Darin enthalten sind notabene nur die bisher bekannten Ausfälle in elf Kantonen. Weitere Kantone dürften hinzukommen.

Bundesrat spielt Versteckerlis

Im Abstimmungsbüchlein, das mit dem Stimmmaterial verschickt wird und das den meisten Stimmberechtigten als Entscheidungsgrundlage dient, werden aber lediglich die 1,1 Milliarden Franken erwähnt, die der Bund an die Kantone verteilt. Von den Löchern, die durch die Senkung der Unternehmenssteuern in den Kantonen entstehen, steht nichts. Und auch nicht von dem Geld, das den Gemeinden und Kantonen durch die Einsetzung neuer,

mit der USR III geschaffener Instrumente zur «Steuroptimierung» entgeht.

Erinnerungen werden wach

Schon bei der Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform II wurde der Stimmbürger nicht reiner Wein eingeschenkt: Der Bundesrat sprach damals im Vorfeld von Mindereinnahmen in der Höhe von 900 Millionen, in Wahrheit war es ein Vielfaches. Sogar das Bundesgericht hat festgehalten, dass die Bevölkerung bei der Abstimmung 2008 getäuscht wurde – auf die genauen Zahlen warten wir jedoch bis heute.

Wir alle bezahlen

Die Milliarden, die wegen der USR III bei Kantonen und Gemeinden fehlen, müssen irgendwie wieder eingeholt werden. Das wird einerseits mit einem Abbau beim Service public, andererseits mit Steuererhöhungen geschehen. Für die Steuerprivilegien zugunsten der Grosskonzerne bezahlen wir alle: Mit einem Abbau der Leistungen im Gesundheitswesen, bei Bildung oder Kultur und mit Steuererhöhungen auf unseren Löhnen.

STÄDTE UND GEMEINDEN SIND BESONDERS BETROFFEN

Mit der USR III werden die Gemeinden und Städte über den Tisch gezogen. Während die Kantone für ihre Ausfälle immerhin eine gewisse Entschädigung aus der Bundeskasse bekommen, haben die Gemeinden das Nachsehen und bleiben mit ihren Einnahmeausfällen alleine. Als bevorzugte Standorte für Unternehmen bezahlen die Städte einen besonders hohen Preis: Sie kommen weiterhin für attraktive Rahmenbedingungen und eine gut funktionierende Infrastruktur auf, nehmen aber in Zukunft deutlich weniger Steuern ein. Weil das Geld auch beim Kanton fehlt, werden sie sogar doppelt bestraft: Sparmassnah-

men des Kantons bei Bildung, Kultur oder im Sozialwesen bekommen die Städte besonders schmerzlich zu spüren.

In der Stadt Bern zum Beispiel haben Unternehmen 2015 insgesamt 87 Millionen an Gewinn- und Kapitalsteuern an die Stadt Bern bezahlt. Mit der USR III würde dieser Ertrag um bis zu 40 Prozent sinken. Der Stadt würden auf einen Schlag rund 35 Millionen Franken an Einnahmen fehlen. Das ist ein enormer Betrag.

www.steuerreform-nein.ch



Lancierung der Kampagne gegen die USR III
an der Zürcher Bahnhofstrasse.



Das kannst du gegen die USR III tun

1. Bestelle das Mitmach-Päckli

Bestelle noch heute das Mitmach-Päckli und rüste dich aus mit Material gegen die USR III. Mit Plakaten, Flyern und Postkarten kannst du dein Umfeld von einem Nein am 12. Februar 2017 überzeugen.

www.aufruf-mittelstand.ch/bestellen



Nationalrätin Mattea Meyer wirbt für das Mitmach-Päckli.

2. Spende gegen den Milliarden-Bschiss

Die Profiteure der Unternehmenssteuerreform III werden Millionen in Plakatkampagnen stecken. Dem müssen wir etwas entgegenhalten. Hilf darum mit bei unserem Crowdfunding für Plakate, damit auch unsere Botschaft breit sichtbar wird. Das Geniale: Jeder Franken, den du spendest, wird verdoppelt! Wie das? Eine grosse Anzahl grösserer SpenderInnen hat sich bereit erklärt, jeden Franken, der hier zusammenkommt, zu verdoppeln. Konkret: Wenn du 100 Franken spendest, fliessen dafür 200 Franken in die Kampagne und wir können einen Teil unserer Plakatkampagne damit finanzieren.

www.aufruf-mittelstand.ch/spenden

3. Organisiere eine Aktion

Am 21. und am 28. Januar finden die grossen nationalen Aktionstage gegen die Unternehmenssteuerreform III statt. In der ganzen Schweiz sind wir auf der Strasse und mobilisieren die Bevölkerung, am 12. Februar Nein zum Milliarden-Bschiss zu sagen. Organisiere

mit deiner SP-Sektion eine Aktion. Schreibe einfach ein kurzes Mail an mitmachen@aufruf-mittelstand.ch.

4. Werde Leserbrief-SchreiberIn

Für unsere Gegner geht es um viel: 3 Milliarden Franken wollen sie sich unter den Nagel reissen! Dafür sind sie bereit, viel Geld zu investieren. Allein ihre Inserate in den Tages- und Sonntagszeitungen kosten um die 10 Millionen Franken. Umso wichtiger sind Leserbriefe, die klarstellen, was Sache ist: Die USR III ist ein Bschiss! Melde dich als Leserbrief-SchreiberIn und bleibe informiert über die aktuelle Entwicklung.

www.aufruf-mittelstand.ch/bestellen

5. Werde aktiv auf Social Media

Wirksam eingesetzt können uns Facebook, Twitter und Co. extrem dabei helfen, unsere Botschaft an die Leute zu bringen. Melde dich als Online-AktivistIn bei uns, teile, poste und kommentiere und werde Teil der Kampagne.

www.aufruf-mittelstand.ch/bestellen

Das war der Parteitag

WÄHREND ZWEIER TAGE HABEN RUND 600 DELEGIERTE UND GÄSTE IN THUN INTENSIVE DEBATTEN GEFÜHRT. WAS DABEI HERAUSGEKOMMEN IST, ZEIGT DIE FOLGENDE ÜBERSICHT.

1. Wiederwahl des Präsidiums

Christian Levrat wurde als Präsident klar wiedergewählt, ebenso das Vizepräsidium, bestehend aus Marina Carobbio, Barbara Gysi, Beat Jans und Géraldine Savary. Der im Vizepräsidium frei gewordene Sitz des früheren Juso-Präsidenten Fabian Molina wurde mit dessen Nachfolgerin Tamara Funciello besetzt.

2. Wirtschaftsdemokratie

Nach der deutlichen Ablehnung eines Antrags, der das Positionspapier zurückweisen wollte, wurde dieses intensiv diskutiert und verabschiedet. Die Demokratisierung der Wirtschaft bleibt in den kommenden Jahren ein politisch-inhaltlicher Schwerpunkt der SP Schweiz.

3. Roadmap Europa

Mit dem von der letzten Delegiertenversammlung verschobenen Kapitel V der «Roadmap Europa» diskutierten die Delegierten die Idee

einer multilateralen Einbindung in Europa. Diese Einbindung ist als Mittelweg gedacht zwischen einem EU-Beitritt, der im jetzigen Moment auf der politischen Agenda keinen Platz findet, und den Bilateralen, die immer wieder von Initiativen wie der Masseneinwanderungsinitiative gefährdet werden. Die «Roadmap Europa» wurde mit sehr grosser Mehrheit angenommen.

4. Zukunft SP

Nach langer, intensiver Diskussion wurde die einmalige Annahme der Unternehmensspenden für den Einsatz gegen die USR III klar abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurde eine regelmässige Abgabe der Fraktion an die Partei. Angenommen wurde dagegen eine Erhöhung der Abgabe pro Mitglied an die SP Schweiz von 55 auf 65 Franken. Bereits zuvor von der Geschäftsleitung erhöht worden waren die Mandatssteuern für BundesrätInnen, BundeskanzlerIn-

nen, BundesrichterInnen, BundesverwaltungsrichterInnen und BundesstrafrichterInnen, und zwar um 2 Prozentpunkte auf 5–7 Prozent. Der Parteitag beauftragte die GL zudem damit, diese Beiträge innert der nächsten vier Jahre nochmals auf mindestens 10 Prozent zu erhöhen. Ausserdem wurde eine AG eingesetzt mit dem Ziel, das heute heterogene Beitragssystem zu vereinfachen. Der Antrag der Geschäftsleitung, die Mitgliedererwerb und Mitgliederbindung zur Kern- und Daueraufgabe jeder Parteiebene zu machen, wurde angenommen (siehe unten). Ebenfalls angenommen wurde der Antrag, eine parteinahe Stiftung oder einen Verein für politische Grundlagen und Bildungsarbeit sowie die weltweite demokratische Aufbauarbeit durch internationale Kooperationen zu schaffen. Und schliesslich verankerte der Parteitag die drei Organe der SP Schweiz – die SP Frauen*, SP60+ und SP MigrantInnen mit einem Zweckartikel in den Statuten und regelte ihre Vertretungsrechte in den Gremien der Partei.

Die überarbeiteten Papiere sowie die Reden von Christian Levrat, Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Bundesrat Alain Berset, den internationalen Gästen und von Moritz Leuenberger finden sich unter: www.spschweiz.ch/parteitag-thun

Schluss mit Ausreden!

SEIT DEM PARTEITAG IST DIE MITGLIEDERENTWICKLUNG IN DEN STATUTEN VERANKERT. KONKRET HEISST DAS: WIR MÜSSEN AN DIE SÄCKE! WAS WIR TUN KÖNNEN, STEHT IM NEU ERARBEITETEN HEFT 3 DES SEKTIONSHANDBUCHS.

Die Wahl von Donald Trump hat auch ihre guten Seiten: Seit dem 9. November hat die SP über 450 neue Mitglieder gewonnen. Politische Ereignisse sind einer unter vielen Gründen, in eine Partei einzutreten. Wir können und dürfen uns aber nicht darauf verlassen, dass hin und wieder ein Trump gewählt wird, sondern müssen auch selber aktiv sein bei der Gewinnung von neuen Mitgliedern. Und natürlich auch bei der «Pflege» der bestehenden.

Der Parteitag hat Anfang Dezember beschlossen, die Mitgliederentwicklung zu einer Kernaufgabe der gesamten Partei zu machen. In der Pflicht sind die Sektionen genauso wie die Kantonalparteien und die SP Schweiz. Bei der täglichen politischen Arbeit hilft uns das neu erarbeitete Heft 3 des Sektionshandbuchs. Seine drei

Kernbotschaften: «Seid mit euren Mitgliedern in einem ständigen und regelmässigen Kontakt», «Geht Menschen, die der SP nahe stehen, aber noch nicht Mitglied sind, aktiv an» und «Eine Person im Vorstand ist zuständig für Mitgliederentwicklung».

Das Heft bietet einfach umzusetzende Ideen, wie Mitglieder gewonnen werden, aber auch wie sie eingebunden und gefördert werden können. Auf dem Internet gibt es zusätzliches Material: einen Leitfaden für Mitgliederverantwortliche, ein Beispiel für einen Willkommensbrief oder auch einen Leitfaden für einen Telefonanruf.

Das Heft 3 «Mitglied» des Sektionshandbuchs wie auch die Hefte 1 («Sektion») und 2 (Kampagnen und Kommunikation) können bestellt werden mit einem Mail an kommunikation@spschweiz.ch.

Die SP Schweiz bietet verschiedene Materialien an, die der Mitgliedererwerb dienen. Zu bestellen unter www.spschweiz.ch/mitgliedererwerb.





Michèle Käm



Guestreferat / Discours de l'orateur invité

Olaf Scholz

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg und stellv. Parteivorsitzender der SPD
Premier ministre de la ville libre et hanseatique de Hambourg et vice-président du SPD



Tamara Funicello

Präsidentin Jusos

Présidente de la jeunesse socialiste



STAND PUNKT



Leyla Gül,
Co-General-
sekretärin der
SP Schweiz

Das sind wir

Es ist so sicher wie das Amen in der Kirche: Diskutieren zwei GenossInnen etwas lauter als üblich über ein Thema – die Armee, die Wirtschaft, Ausländer oder die EU –, wird ein Richtungsstreit herbeigeschrieben. Verteidigt ein Mitglied von 30 000 die Unternehmenssteuerreform – als Finanzdirektorin eines reichen Halbkantons vielleicht sogar zu Recht – ist die Partei aus medialer Sicht gespalten. Erlaubt sich eine ehemalige Bundesrätin nach der Wahl von Trump ein paar Gedanken zur künftigen Ausrichtung der Partei, zweifelt die Linke aus Sicht einer grossen Tageszeitung an sich selber.

Natürlich ist eine Partei, die Auseinandersetzungen offen führt, die Brüche und Widersprüche zulässt, spannender als ein Gottesdienst. Die SP ist keine Sekte, sie war es nie und wird es nie werden. Darum bin ich persönlich in der SP. In einer grossen, breiten Volkspartei, die verschiedene Meinungen versammelt und diese auch lebt. In einer Partei, die irgendwo anfängt und irgendwo aufhört, klar links von der Mitte positioniert. Eine Partei, die Lust hat, vier Stunden lang über ein Positionspapier zur Wirtschaftsdemokratie zu verhandeln, um es am Schluss mit grosser Mehrheit zu verabschieden. (Bei anderen Parteien dauert ein Parteitag zwei Stunden, dann gehen die Mitglieder Wurstsalat essen.) Eine Partei eben, die Visionen entwickelt und nebenbei unentwegt Alltagspolitik macht. Dennoch habe ich mich in letzter Zeit oft gefragt, was ein Mitglied einer Schul- oder Einbürgerungskommission, eine SP-Wählerin in der Agglomeration, ein Jusos auf dem Land, ein Gewerkschafter, der in den 60er-Jahren in die SP eingetreten ist, oder ein Neumitglied denkt, wenn er oder sie in den Medien liest, was die SP sein soll. Und ob dies nützlich ist oder hinderlich für ihre oder seine Arbeit für die SP. Wenn mich jemand danach fragt, sage ich jeweils zwei Dinge: Erstens, dass es mich – mit Blick auf die grosse Breite der Partei und die riesige Anzahl Menschen, die mitmachen und mitbestimmen – eigentlich viel mehr erstaunt, dass wir nicht täglich Richtungsstreite haben. Und zweitens, dass das zu uns gehört, seit 128 Jahren. Richtungsstreitigkeiten ist gut und recht. Es ist das, was die Öffentlichkeit, die Zeitungen und Radio- und Fernsehstationen interessiert. Es ist die Politik unter der Lupe. Alles in allem ist er aber der kleinere, ein winziger Teil unserer Politik. Während der meisten Zeit und an den allermeisten Orten machen wir einfach das, was wir gut können: gute Politik für viele Menschen.

Am Rande einer Diktatur

BEI EINER REISE DER AUSSENPOLITISCHEN KOMMISSION IN DIE TÜRKEI KONNTE SICH EINE GRUPPE VON STÄNDERÄTINNEN EIN BILD VON DER DORTIGEN POLITISCHEN SITUATION MACHEN. DABEI HAT SICH GEZEIGT, DASS DAS REGIME ERDOGAN DEMOKRATIE UND RECHTSSTAAT IN DRAMATISCHER GESCHWINDIGKEIT UNTERWANDERT.

Die Aussenpolitische Kommission des Ständerats (APK) hat Monate vor dem gescheiterten Putsch die Türkei aufgrund der zentralen Position im Zusammenhang mit der Flüchtlings-situation als Schwerpunkt definiert. Nach den dramatischen Ereignissen im Juli, bei denen Militärs im Rahmen eines Putsches versuchten, die Macht im Land zu erlangen, änderte sich der Fokus der Kommission mindestens teilweise, und die politische Situation in der Türkei rückte in den Vordergrund.

Erosion von Demokratie und Rechtsstaat

Bereits vor dem Putschversuch waren klare Tendenzen der Regierung Erdogan und dessen Partei AKP erkennbar, sukzessive die Rechte politischer Gegner einzuschränken,



Daniel Jositsch,
SP-Ständerat ZH

zu denen seit jeher die progressive Partei der Völker (HDP) gehört, der eine gewisse Nähe zum bewaffneten kurdischen Widerstand nachgesagt wird. Der Putschversuch wird nun von der türkischen Regierung ganz offensichtlich als Vorwand benutzt, um sukzessive die Freiheitsrechte einzuschränken und die politischen Gegner auszuschalten.

Der verhängte Ausnahmezustand soll dabei die Verhaftung unliebsamer Personen rechtfertigen, darunter die HDP-Führer Selahattin Demirtaş und Figen Yükkedag sowie zahlreiche oppositionelle Journalisten und weitere Exponentinnen und Exponenten der Zivilgesellschaft. Rechtsstaatliche Schutzmechanismen bestehen dabei kaum; die verhafteten Personen bleiben weitgehend ohne Anwalt, ohne formelle Anklage und ohne durchsetzbare Freiheitsrechte auf unbestimmte Zeit inhaftiert. Die Regierung Erdogan schreckt auch nicht davor zurück, die Wiedereinführung der Todesstrafe zur Diskussion zu stellen.

Europa in Geiselnhaft

Aufgrund der strategischen Position der Türkei kommt dem Land bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise eine zentrale Rolle zu. Tatsächlich befinden sich zurzeit aufgrund des Syrien-Konflikts rund zwei Millionen Flüchtlinge im Land. Das ist eine enorme Zahl, die Eindruck macht. Bei genauer Betrachtung ist jedoch festzustellen, dass keine eigentliche Flüchtlingsstrategie oder staatliche Unterstützung besteht. Die sich im Land befindenden Flüchtlinge sind vollkommen auf sich selbst gestellt. Das scheint Europa (inklusive die Schweiz) wenig zu kümmern. Entscheidend ist für die europäischen Regierungen vielmehr, dass die Menschen davon abgehalten werden, zu uns zu kommen. Die türkische Regierung macht also nichts anderes, als uns Europäerinnen und Europäer beim Handeln nach dem Sankt-Florians-Prinzip – man schiebt etwas Unangenehmes von sich selbst weg, ungeachtet dessen, dass dann andere davon betroffen werden – die notwendige Gehilfenschaft zu leisten. Das gibt es freilich nicht gratis. Die türkische Regierung erkaufte sich damit zwar kein Wohlwollen in Europa, aber doch immerhin sehr lauen Widerstand vonseiten der europäischen Staaten respektive von deren Führungen.

Passivität Europas muss enden

Die weitgehende Passivität Europas gegenüber den Ereignissen in der Türkei kann nicht so weitergehen, da Präsident Erdogan Passivität als Unterstützung seines Kurses interpretiert. Vielmehr müssen die europäischen Staaten konsequent die Einhaltung der demokratischen Spielregeln und des Rechtsstaats einfordern und allenfalls auch Zwangsmittel einsetzen.

Der Widerstand gegen die Regierung Erdogan muss aber in der Türkei selbst formiert werden. Das geht nur, wenn die Opposition – neben der HDP vor allem die Republikanische Volkspartei (CHP) – geeint vorgeht, was im Moment nicht der Fall ist. Eine wesentliche Bedingung für die Unterstützung der Opposition ist aber umgekehrt, dass sie sich klar vom bewaffneten Widerstand ausserhalb des demokratischen Rechtsstaats distanziert.



Protestkundgebung in Istanbul gegen die Verhaftung von Anhängern der pro-kurdischen Partei der Völker (HDP).



Eine Bar, zwei Fernseher

CHRISTIAN LEVRAT HAT ALS OSZE-BEOBACHTER DIE AMERIKANISCHEN WAHLEN VERFOLGT. «LINKS» HAT IHN UM EINIGE EINDRÜCKE GEBETEN.

Dienstag, 8. November, Havre, eine Kleinstadt mit 10 000 Einwohnern im Staat Montana, nahe der kanadischen Grenze. In einer Bar ziehen zwei verschiedene Fernseher zwei unterschiedliche Gruppen von Zuschauerinnen und Zuschauern an. Die einen verfolgen die Wahlresultate auf CNN, die anderen tun das Gleiche auf ... Fox News. Die einen fluchen und wettern, die anderen lächeln diskret. So, als wäre ihnen dieser unerwartete Sieg von Donald Trump etwas peinlich.

Keine Illusionen, keine Hoffnungen

Ein seltsames Sinnbild, diese Bar mit zwei Fernsehern, diese Demarkationslinie zwischen Demokraten und Republikanern. Oder besser gesagt: zwischen Anti-Trump und Anti-Clinton. Denn wenn eins auffällt, dann ist es die absolute Dominanz der Negativ-Kampagnen, auch in den Köpfen unserer Gesprächspartner. Wie kann man seine Stimme nur einem Frauenfeind, Lügner und Rassisten geben?, fragen die Clinton-Wähler. Und die Trump-Wähler entgegnen: Wie könnt ihr von uns verlangen, dass wir eine Repräsentantin der Wall Street unterstützen, die seit 25 Jahren in den Machtzirkeln des Weissen Hauses herumgeistert? Von Hoffnung keine Spur, weder im einen Lager noch im anderen. Nur Angriffe auf den Kandidaten respektive die Kandidatin des entgegengesetzten Lagers. Am Ende hat die Meistgehasste verloren. Und die Zuschauer von Fox News haben das Gefühl, den Planeten vor einer Katastrophe gerettet zu haben.

Klare Trennung

Die politische Auseinandersetzung in den USA ist am besten über ihre Geografie zu verstehen. Die Lager sind mehr oder weniger gleich gross, jedoch gibt es, vereinfacht gesagt, klar republikanische Staaten und klar

demokratische. Innerhalb der am meisten umkämpften Staaten (Florida, Ohio, Wisconsin) gibt es republikanische und demokratische Bezirke. Im Innern dieser sogenannten Countys das gleiche Muster: Wahlbüros auf dem Land mit einem Stimmenanteil von 80 Prozent für die Republikaner, solche in städtischen Zentren mit einem Anteil von 90 Prozent für die Demokraten. Die Zahl der Wahlbüros, die ein klein wenig die ausgeglichenen politischen Stärkeverhältnisse des Landes widerspiegeln würden, ist sehr klein. Die Gemeinschaften sind für das eine Lager oder das andere. Nicht gemischt.

Mobilisierung entscheidet

Unter diesen Voraussetzungen ist die Mobilisierung entscheidend. Die Frage ist nicht mehr: Für wen wählst du? Sondern: Gehst du wählen? Deine Herkunft, deine Rasse, dein Wohnort sorgen für den Rest. So wählen die Native Americans in den Steppen von Montana zu 90 Prozent demokratisch. Nur: Sie sind nicht an die Urne gegangen, um Clinton zu wählen – so, wie sie es vor vier Jahren noch massenweise für Obama getan hatten. Durchgesetzt haben sich die Farmer, die nicht weniger deutlich republikanisch wählen. So hat Wahlbüro um Wahlbüro, County um County, Staat um Staat die Mobilisierung den Ausgang dieser Wahl entschieden.

Die Angry white men

Die Medien erzählen uns in einer Endloschleife von den Globalisierungsverlierern, den durch die Anti-Diskriminierungs-Kampagnen Diskriminierten, den «Angry white men», die die Wahl entschieden haben sollen. Sie existieren ganz offensichtlich, auch wenn sie die Wahl nicht entschieden haben. Vor dem Fernseher mit den Fox News, ein etwas hilflos dastehender Mann: Er hat vor vier

Jahren seinen Job verloren, seine Frau ist ihm davongelaufen, sein Haus wurde gepfändet. Heute lebt er in einem Wohnwagen. Ohne Sozialhilfe, ohne Arbeitslosenversicherung, ohne jedwelche Unterstützung. Er weiss es genau: Trump wird ihm «weder seinen Job noch seine Frau noch sein Haus zurückbringen». Er glaubt nicht wirklich an den Protektionismus, der vom Trump-Lager als Mittel gegen Lohn- und Sozialdumping – als deren Opfer er sich sieht – gepriesen wird. Noch viel weniger hat er aber die wählen können, die ihn erst in die Misere gebracht haben. – Anstatt für den sozialen Kampf steht Hillary Clinton für die negativen Auswirkungen der Globalisierung.

«Bad News»

Während des Wahlkampfs wurde oft gesagt, die Chance Hillary Clintons sei Trump. Dass sie nur schon wegen der Schwächen und der Skandale ihres Widersachers gewählt würde. Heute wissen wir, dass dies für Trump ebenso galt. Nun ist Trump gewählt. Und seine Wählerinnen und Wähler wie der erwähnte Mann sollten recht damit behalten, dass sie sich bei ihrem Votum gegen Hillary Clinton keinen Illusionen hingaben. Trump hat gegen die Finanzwelt Kampagne gemacht. Heute sitzen zwei ehemalige Vertreter von Goldman Sachs an zentralen Schaltstellen seiner Regierung. Weitere werden folgen. Er hat Kampagne gemacht gegen den Imperialismus – bereits sitzen drei ehemalige Generäle in seiner Regierung. Und ich bin nicht sicher, ob der angekündigte Rückzug der USA aus Europa (ein Klassiker der republikanischen Kandidaten) auch tatsächlich vollzogen wird.

Leider spricht alles dafür, dass sich ein anderes Versprechen aus Trumps Wahlkampf sehr wohl bewahrheiten wird: die Verschrotung des von Barack Obama ratifizierten Klimavertrags. «Bad News», kann man da nur sagen ...

Aus dem Französischen übersetzt

Christian Levrat, Parteipräsident SP Schweiz

Bilaterale gerettet

EIN FREUND HAT MICH NACH DER TAGELANGEN BERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE UMSETZUNG DER «MASSEINWANDERUNGSINITIATIVE» ETWAS GENERVT GEFRAGT: «IST DAS, WAS IHR BESCHLOSSEN HABT, JETZT GUT?» DIE EINDEUTIGE ANTWORT AUS SOZIALDEMOKRATISCHER SICHT LAUTET: «JEIN».

Zuerst einmal das: Die Masseneinwanderungsinitiative und der Artikel 121a der Bundesverfassung waren nicht unsere Idee. Wir wollten diesen Artikel nicht und wir haben immer vor der unmöglichen Situation gewarnt, zu der eine Annahme der «Masseneinwanderungsinitiative» führen würde. Und die Probleme, die sich jetzt daraus ergeben, hat alleine die SVP zu verantworten.



Cédric Wermuth,
Nationalrat AG

Die Verfassung besteht schliesslich nicht nur aus Artikel 121a. Artikel 5 hält zum Beispiel unmissverständlich fest, dass sich die Schweiz zur Einhaltung internationaler Verträge verpflichtet.

Dreistufige Umsetzung

Mit dem jetzt vorliegenden Arbeitslosenvorrang ist eine weitaus bessere Lösung gelungen, als es die Ausgangslage noch vor wenigen Monaten hätte erahnen lassen. Sie ist, wenn auch im Kleinen, ein sozialpolitischer Fortschritt. Im Wesentlichen sieht das Umsetzungsgesetz drei Stufen vor: Zuerst wird der Bund beauftragt, das sogenannte «inländische Potenzial» bestmöglich zu fördern. Damit gemeint sind zum Beispiel die Fachkräfteinitiative oder auch Investitionen in die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In einer zweiten Stufe soll bei Bedarf der Arbeitslosenvorrang ausgelöst werden. Dann nämlich, wenn in bestimmten Berufsgruppen eine besonders hohe Arbeitslosigkeit herrscht. Das betrifft aktuell vor allem Berufe in der Bau- und der Gastrobbranche. Also genau dort, wo trotz teils erhöhter Arbeitslosigkeit viele

Firmen eine sehr unsensible Rekrutierungspraxis verfolgen. Dann sollen die Arbeitgeber verpflichtet werden, ihre offenen Stellen zuerst ans RAV zu melden, falls sie sie offen ausschreiben wollen. Beim RAV erhalten dann die Stellensuchenden einen Vorrang. Sie dürfen sich die Stelle vor allen anderen ansehen und die Arbeitsvermittler schicken den Arbeitgebern passende Dossiers direkt zu. Diese sind dazu verpflichtet, die Personen einzuladen, wenn keine objektiven Gründe dagegen sprechen. In einem dritten Schritt können die Kantone direkt mit Anträgen an den Bund gelangen, wenn im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit weitere Probleme auftreten, also zum Beispiel Druck im Wohnungsmarkt oder Lohndumping.

Chance für ältere Arbeitnehmende

Diese Lösung schafft vor allem neue Chancen für Stellensuchende, die Dutzende Bewerbungen schreiben, ohne je eine Einladung zu einem Vorstellungsgespräch zu erhalten. Davon sind vor allem Menschen mit Sprach- oder Bildungsdefiziten betroffen, zunehmend aber gerade auch ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass gerade die Anstellungschancen der älteren Generation markant steigen, wenn Betroffene bei einem Gespräch die Chance erhalten, ihr Knowhow und ihre Erfahrung in die Waagschale zu werfen.

Aus Sicht der SP ist dieses Gesetz zweifelsohne positiv zu werten: Es sichert den Fortbestand der Bilateralen, verbessert die Situation der Arbeitslosen, verhindert eine Diskriminierung nach Nationalität und schützt die bestehenden Lohnschutz- und Anti-Dumping-Massnahmen («flankierende Massnahmen»). Gerade der letzte Punkt ist entscheidend: Die sogenannten flankierenden Massnahmen sind direkt an die Personenfreizügigkeit gebunden. Fiele diese weg, fiel auch der vergleichsweise strenge Schutz vor Lohndumping. In Tat und Wahrheit ist nämlich genau dieser Schutz der SVP ein Dorn im Auge. Durch deren Rechnungen haben wir einen Strich gemacht. Immerhin.

Unmögliche Ausgangslage

Die SP hat schon früh vorgeschlagen, die Frage in einer Volksabstimmung nochmals korrekt zu stellen: Wollen wir die bilateralen Verträge mit der EU wirklich kündigen oder nicht? Dafür gab es aber keine Mehrheit. Das hat das Parlament in eine verzwickte Situation gebracht: Auf der einen Seite die mehrmalige Bestätigung des bilateralen Weges, auf der anderen Seite das Ja zur «Masseneinwanderungsinitiative». Das Parlament hat sich in dieser Situation dazu entschieden, das Richtige zu tun: Nämlich den Artikel 121a so weit umzusetzen, als dies ohne die Verletzung der Personenfreizügigkeit möglich ist. Tatsächlich hat das mit Verfassungsbruch wenig zu tun.



Mit dem Arbeitslosenvorrang werden die Arbeitgeber verpflichtet, ihre offenen Stellen dem RAV zu melden, bevor sie sie öffentlich ausschreiben.

WIR KÖNNEN AUCH AUF DEM LAND GEWINNEN

Kurz vor dem Parteitag der SPS haben wir Ende November zu einem Debattenabend über das Wirtschaftsdemokratie-Papier eingeladen, was auf grosses Interesse stiess. Ich war nach diesem Abend einmal mehr stolz, Mitglied einer Partei zu sein, die solch grundsätzliche Programmarbeit leistet.

Die vielen, teilweise auch kontroversen Diskussionen machen deutlich: Die SP ist eine breit orientierte Partei. Und diesen Anspruch haben wir ja auch. Wir wollen nicht in die Enge und Kleinlichkeit gehen, wir wollen wählbar sein für viele Menschen aus unterschiedlichen Gesellschaftsschichten.

Auch darum haben wir die Grossratswahlen und bei fast allen Abstimmungen gegen den Abbau gewonnen, sodass wir durchaus auch mit einer Portion Selbstsicherheit in das nächste Wahljahr – mit kommunalen Wahlen – gehen dürfen. 2013 war der Jammer der Bürgerlichen gross. Innerhalb eines Jahres hat die FDP drei wichtige Stadtpräsidien an die Linken verloren: in Baden, Lenzburg und Aarau.

Obwohl sich der Gegensatz zwischen Stadt und Land in den letzten Jahren verschärft hat, kann es uns aber auch, wie der 23. Oktober zeigte, in ländlichen Regionen gelingen, bis ins bürgerliche Lager hinein Stimmen zu holen.

Ich wünsche euch erholsame, ruhige Festtage und alles Gute fürs neue Jahr.

Elisabeth Burgener
von Gipf-Oberfrick
ist Grossrätin und
Co-Präsidentin der
SP Kanton Aargau.



Illusorische Kandidatur verhindert SP-Frau



Cédric Wermuth von Zofingen ist SP-Nationalrat und Co-Präsident der SP Aargau.

Es hat nicht sollen sein. Gut 10000 Stimmen betrug am Schluss der Unterschied zwischen Yvonne Feri und Franziska Roth. Das sind nicht Welten, aber es ist ein klares Resultat. Dennoch dürfen die SP und Yvonne mit ihrem Resultat zufrieden sein.

Die Regierungswahlen im Kanton Aargau starteten dieses Jahr unter einem speziellen Stern. Die späte Rücktrittsankündigung von Susanne Hochuli erwischte alle Parteien auf dem

falschen Fuss. Besonders diejenigen, die nicht aus dem Handgelenk nochmals ein paar zehntausend Franken für eine teure Kampagne locker machen können. Trotzdem endete der erste Wahlgang vielversprechend. Die beiden Spitzenkandidatinnen Franziska Roth und Yvonne Feri waren gleichauf. Und dann geschah, was im Aargau leider so oft geschieht. Die ehemalige politische Mitte entschied sich, eine offensichtlich chancenlose Kandidatin nochmals aufzustellen. Nach dem Motto: Hauptsache, die Rote wird nicht gewählt.

Steigbügelhalterin der SVP

Trotz dem wohl grössten Inseratbudget des ganzen Wahlkampfes gelang es Maya Bally und der BDP nicht, aus dem doch engen Wählerpotential einer Kleinstpartei heraus zu kommen. Die Kandidatur war letztlich aber dennoch ausschlaggebend. Gerade in den Städten fehlten

Yvonne die entscheidenden Stimmen aus der «Mitte», um an Franziska Roth heran zu kommen – sie landeten bei Maya Bally, deren illusorische Kandidatur sich letztlich in der Rolle der Steigbügelhalterin für die SVP erschöpfte.

Die SP Aargau und Yvonne Feri dürfen stolz sein auf ihren Wahlkampf. Die Partei hat mit den knappen Mitteln, die uns zur Verfügung standen, einen engagierten, volksnahen und präsenten Wahlkampf geführt. Stimmenmässig gelang Yvonne vom ersten auf den zweiten Wahlgang nochmals eine deutliche Steigerung. Und die SP Aargau hat gezeigt, dass sie als neue Nummer 2 im Kanton politisch bei allen Wahlen eine ernsthafte Kandidatur aufstellen kann. Bekanntlich lautet das wichtigste politische Motto: antreten, scheitern, aufstehen, wieder antreten, besser scheitern. Auf ein Neues!

USR III – 3 mal NEIN!

DIE USR II SITZT NOCH ALLEN IN DEN KNOCHEN: 2008 HATTE DIE SP DAGEGEN GEKÄMPFT UND GANZ KNAPP VERLOREN. IM NACHGANG ZUR ABSTIMMUNG RÜGTE DAS BUNDESGERICHT DIE FALSCHEN ZAHLEN IM ABSTIMMUNGSBÜCHLEIN. MILLIARDENAUSFÄLLE WAREN VON BUNDESRAT MERZ VERSCHWIEGEN WORDEN!



Kathrin Schweizer

Am 12. Februar 2017 kommt die dritte Reform der Unternehmenssteuer vors Volk. Es ist unbestritten, dass das Holdingprivileg abgeschafft werden muss. Aber die rechtskonservative Mehrheit im Bundesparlament hat die Vorlage des Bundesrats zu einem Steilpass für Steuersenkungen für die Unternehmungen umgebaut. Wir erwarteten eine kostenneutrale Umsetzung. Jetzt resultieren 1,3 Mia. weniger Steuereinnahmen für den Bund. Was die Umsetzung für die Kantone und Gemeinden bedeutet, ist erst für einzelne Kantone bekannt. Klar ist aber jetzt schon, dass der Bund die Einnahmeausfälle mit Reduktionen bei der Prämienverbilligung, einem Abbau bei der Bildung und beim öffentlichen Verkehr etc. ausgleichen wird.

Im Kanton Basel-Landschaft hat die Regierung im August 2016 erst angedeutet, wie die Umsetzung aussehen soll. Die Auswirkungen sind schlimm genug. So werden in der Kantonskasse fast 50 Mio. fehlen, bei den Gemeinden 30 Mio. Das sind riesige Beträge. Erst recht in einem Kanton, der aus finanziellen Gründen die Löhne beim Personal kürzt, die Prämienverbilligung reduziert, den Zolleintritt für die Schülerinnen und Schüler und die Zahnputzinstruktionen streicht. Sicher ist: Die Steuergeschenke für die Unternehmen würden zu weiteren harten Abbaumassnahmen führen.

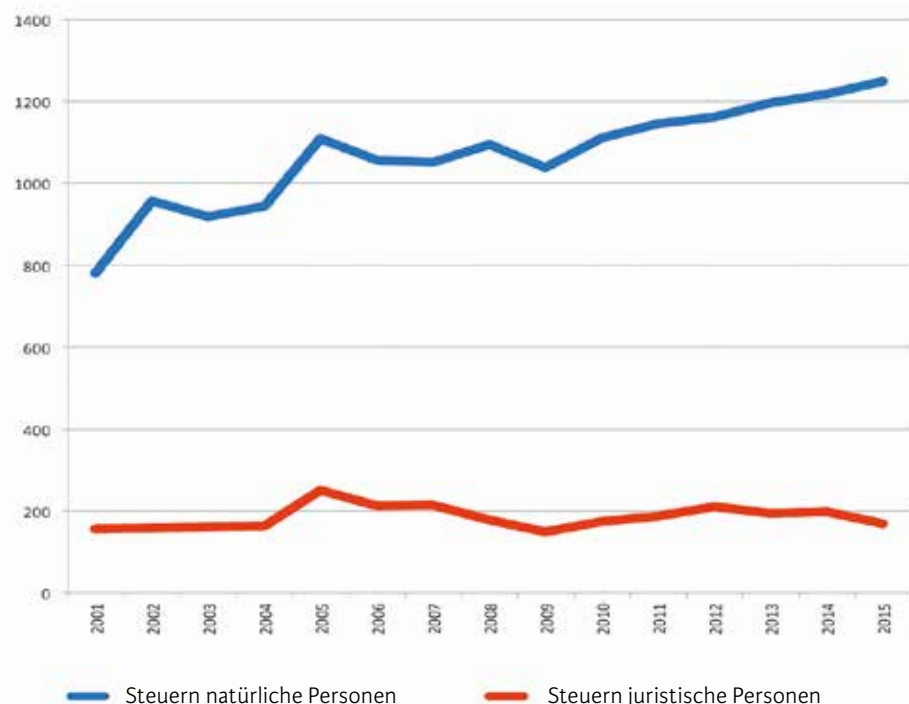
Auf Ebene der Gemeinden sieht es mindestens ebenso düster aus. Denn hier gibt es keine Kompensationsbeiträge des Bundes. Die Gemeinde Muttenz rechnet mit 2 Mio., Liestal mit 1,3 Mio., Aesch mit 0,7 Mio. weniger Einnahmen. In Allschwil sind es gar 4,9 Mio., die in der Kasse fehlen werden. Doch nicht nur die finanzstarken Gemeinden werden die USR III spüren. Da die Gebergemeinden weniger zum Finanzausgleich beitragen können, erhalten auch die Nehmergemeinden weniger Ausgleichszahlungen.

Es wird nicht möglich sein, diese Ausfälle bei Bund, Kanton und Gemeinden durch kleine Korrekturen bei der laufenden Rechnung zu kompensieren. Solche Beträge können nur mit massivem Abbau und/oder mit Steuererhöhungen ausgeglichen werden. Das bedeutet, dass die Privatpersonen, die kleinen und mittleren Einkommen die Löcher stopfen müssen. Wir bluten gleich doppelt: Denn es wird nicht nur bei der Bildung, den Prämienverbilligungen und dem öffentlichen Verkehr gekürzt. Wahrscheinlich bezahlen wir alle auch noch höhere Steuern.

Damit zeigt sich die Strategie der Rechtskonservativen bei der Steuerpolitik einmal mehr: Die Steuern für die Unternehmen werden gesenkt und die privaten Haushalte tragen eine immer grössere Last, wie das schon in den letzten Jahren gewesen ist (siehe Grafik). Die Staatsaufgaben werden immer mehr von den natürlichen Personen getragen, während sich die juristischen Personen aus der Verantwortung stehlen.

Deshalb braucht es zur Unternehmenssteuerreform III am 12. Februar ein dreifaches Nein. Ein Nein, weil der Bund schon ohne diese zusätzlichen Einnahmenverluste ein Sparpaket schnürt. Ein Nein, weil die Kantone unnötig in einen verschärften Steuerwettbewerb geschickt werden. Und ein Nein, weil die Steuergeschenke für die Unternehmen auch die Gemeinden, als letzte in der Kaskade, zu weiteren, harten Abbaumassnahmen bei Bildung, Kultur, Sport usw. zwingen würden.

Steuern von natürlichen und juristischen Personen in BL 2001–2015 in Mio. CHF



DREIKÖNIGSTREFFEN IN MUTTENZ 8.1.2017



Am Dreikönigstreffen 2017 in Muttenz wird Alt-Regierungsrat Peter Schmid sich mit Barbara Gysi unterhalten. Eine gute Gelegenheit, die St. Galler Nationalrätin und Vizepräsidentin der SP Schweiz kennenzulernen.

Sonntag, 8. Januar 2017, 10 Uhr, Schulhaus Donnerbaum Muttenz

AUS DEM GROSSEN RAT

Mit Zuckerbrot und Peitsche gegen fossile Heizungen

DAS NEUE ENERGIEGESETZ IST UNTER DACH. ROT-GRÜN UND BÜRGERLICHE EINIGTEN SICH AUF EINEN KOMPROMISS. BASEL-STADT VERABSCHIEDET NACH DEM ATOMSTROM AUCH DIE FOSSILEN ENERGIEEN.



Ruedi Rechsteiner
alt Nationalrat und
Grossrat SP

Bisher galt bei der Installation einer neuen Heizung, dass die Warmwasseraufbereitung zur Hälfte mit erneuerbarer Energie erfolgen muss. Dies brachte über den Gesamtverbrauch einen erneuerbaren Anteil von 10 Prozent – viel Aufwand bei wenig Ertrag.

100 % erneuerbar statt 2000-Watt-Gesellschaft

Das neue Gesetz operiert mutiger. Wer die Heizung auf erneuerbare Energie umstellt, darf alle weiteren Sanierungsmassnahmen

aufschieben, bis altersbedingt eine Gesamtsanierung fällig ist. Für Neubauten muss der Wärmeverbrauch «nahe bei Null» liegen, was mit Photovoltaik und guter Isolation erreicht wird.

Sauberer Strom lässt sich heute nahezu unbegrenzt beschaffen – und ist inzwischen sogar billiger als Strom aus Kohle, Gas oder Atom. Basel-Stadt setzt deshalb neu auf CO₂-freie Heizenergieträger. Gasheizungen und Ölheizungen sollen verschwinden. Sie werden formell zwar nicht verboten. Aber bei finanziell attraktiveren Alternativen – wo Hausbesitzern und Mietern keine Mehrkosten entstehen – sind sie nicht länger rentabel. Damit dies geht, sieht das Gesetz Folgendes vor:

- Als «erneuerbar» sind Fernwärme, Holz, oder Wärmepumpen zulässig.
- Stromverbrauch aus nichterneuerbaren Energien wird kantonsweit verboten. IWB-Strom ist schon heute zu 100 % erneuerbar.
- Die Lenkungsabgabe auf Strom für Wärme-

pumpen wird abgeschafft.

- Die Fernwärme wird ab 2020 zu mindestens 80 % CO₂-neutral betrieben. Erdgas dient nur noch als Puffer.
- Dieser Umbau ist wirtschaftlich, weil dank der CO₂-Abgabe neu 30 statt bloss 12 Mio. Franken Fördermittel bereitstehen.

Elektro-Fahrzeuge statt Benzinsauger

Bleibt noch «erneuerbar» im Verkehr. Es werden Motionen kommen für einen Rahmenkredit für mindestens 500 öffentliche Parkplätze mit Stromtankstelle. Auch eine Motion für die Versorgungssicherheit mit Schnell-Ladestationen ist unterwegs. Im Januar werden die Motorfahrzeugsteuern für Elektro-Fahrzeuge halbiert.

Rot-grün funktioniert: Saubere Luft, weniger Lärm, Klimaschutz – eine echte Revolution. Wir bleiben dran.

EIN DANK AN JACQUELINE KISS UND AN ANDREAS BRUNNER

von Regula Meschberger

Während 30 Jahren stand Jacqueline Kiss im Dienst der Baselbieter Justiz: 1986 wurde sie Oberrichterin und bereits 1990 wurde sie zur a. o. Obergerichtspräsidentin gewählt. 1998 erfolgte dann die Wahl zur Strafgerichtspräsidentin. Jacqueline Kiss hat seither die Arbeit und die Entscheidungen des Strafgerichtes wesentlich mitgeprägt. Es war ihr immer wichtig, alle Aspekte einer Straftat in Verbindung zur Persönlichkeit des Täters zu bringen und so zu einem Urteil zu kommen, das auf die Schwere der Tat Bezug nimmt und die besonderen Umstände, die dazu geführt haben, berücksichtigt. Dabei hat sie nie die Situation und die Folgen der Tat für das oder die Opfer aus den Augen verloren. Jacqueline Kiss hat sich Urteile nie einfach gemacht. Für sie war immer wichtig, die mögliche Resozialisierung von Tätern miteinzubeziehen. Dazu gehörten auch intensive Überlegungen zum Thema «Verwahrung» und «lebenslange Verwahrung». Damit hat sie sich auch in interkantonalen Gremien befasst und sich durch ihren sorgfältigen Umgang mit dem Thema einen Namen gemacht.

1997 wurde Andreas Brunner, von Beruf Anwalt, zum ausserordentlichen Vizepräsidenten des Versicherungsgerichts gewählt. 1998 wurde er Richter des Verwaltungs- und Versicherungsgerichts, und 2001 erfolgte die Wahl zum Vizepräsidenten des Kantonsgerichts und zum Präsidenten der Abteilung Sozialversicherungsrecht. Von 2008– 2015

präsierte er das Kantonsgericht. Auf Ende 2016 tritt er nun auch als Präsident der Abteilung Sozialversicherungsrecht zurück. Andreas Brunner ging es darum, Recht zu sprechen, um der Willkür einen Riegel zu schieben und um dafür zu sorgen, dass die Entscheidungsgremien Anträge und Fälle sorgfältig und umfassend prüfen. Gleichzeitig war es ihm wichtig, Missbräuche aufzudecken, damit gesellschaftliche Errungenschaften im Sozialversicherungsbereich nicht gefährdet werden. Als Präsident des Kantonsgerichts waren ihm die gute Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung und die Transparenz und der Einbezug aller in die Entscheidungen stets ein grosses Anliegen.

Mit Jacqueline Kiss und Andreas Brunner verlassen zwei prägende Menschen die Baselbieter Justiz. Die SP Baselland dankt den beiden für ihr grosses Engagement und für die gute Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung und den verschiedenen Arbeitsgruppen.



Für einen lebenswerten Kanton

MIT IHREM VORSCHLAG EINES SPARMORATORIUMS PRÄGTE DIE SP DIE BUDGETDEBATTE IM DEZEMBER. MIT GENÜGEND DRUCK LÄSST SICH SELBST IM BÜRGERLICH DOMINIERTEN KANTONS-RAT ETWAS BEWEGEN. EBENDIES VERSUCHT AUCH DIE LUZERNER ALLIANZ FÜR LEBENSQUALITÄT MIT DREI VOLKSINITIATIVEN, FÜR DIE INSGESAMT ÜBER 17 000 UNTERSCHRIFTEN GESAMMELT WURDEN. SIE VERLANGEN EINE QUALITATIV HOCHSTEHENDE VERSORGUNG MIT ÖV, SPITÄLERN UND BILDUNG ZU ZAHLBAREN PREISEN.

Während die Bürgerlichen nur noch den Abbau verwalten, wollen wir den Kanton Luzern weiterbringen und mitgestalten. Leistungen und nicht fehlende Finanzen sollen die Politik bestimmen. So verlangt die öV-Initiative Fonds, damit der geplante öV-Ausbau auch wirklich umgesetzt werden kann. Ähnlich wie beim Strassenbau bringt dies mehr Planungssicherheit und ein gutes öV-Angebot in der Stadt, Agglomeration und auf der Landschaft. Mehr zweckgebundene Mittel sind das beste Mittel gegen die ständig steigenden Billettpreise.

Mehr Mitsprache bei den Leistungen

Mehr Demokratie bei der Festlegung der kantonalen Leistungen ist ein



Marcel Budmiger
Kantonsrat SP, Koordinator
Luzerner Allianz für Lebensqualität

zentrales Anliegen der Allianz für Lebensqualität. Deshalb will die Gesundheits-Initiative die Privatisierungspläne der Regierung stoppen und die Mitsprache der Bevölkerung auch im Gesundheitsbereich garantieren. Gleichzeitig sollen auf kantonaler Ebene Qualitätsstandards für die Pflegeversorgung festgelegt werden. Denn gut ausgebildetes Fachpersonal ist das Fundament für eine sichere Gesundheitsversorgung.

Auch in den Luzerner Schulen ist die Qualität auf Grund der vielen Sparvorgaben in Gefahr. Mit der Bildungsinitiative können wir ein regional verankertes und breit abgestütztes Bildungsangebot sichern. Einzelne Bildungsgänge dürfen nicht länger gegeneinander ausgespielt

werden. Gemeinsames solidarisches Handeln ist heute nötiger denn je. Deshalb sammeln in der Allianz auch Umweltverbände und Behindertenorganisationen mit den Direktbetroffenen fürs Referendum gegen die Halbierung der Kantonsbeiträge an die Musikschulen. Die Arbeit geht uns nicht aus, aber der gemeinsame Einsatz für einen lebenswerten Kanton lohnt sich für alle!

«Während die Bürgerlichen nur noch den Abbau verwalten, wollen wir den Kanton Luzern weiterbringen und mitgestalten.»

Sozialistische Internationale in der Krise

DIE 1951 GEGRÜNDETE UND 1976 BIS 1992 UNTER DER PRÄSIDENTSCHAFT VON WILLY BRANDT WELTWEIT WAHGENOMMENE SOZIALISTISCHE INTERNATIONALE STECKT IN EINER TIEFEN KRISE. AM KONGRESS IM MÄRZ 2017 DÜRFTE ES ZUM AUSSCHLUSS DER SP SCHWEIZ UND ANDERER PROGRESSIVER MITGLIEDER KOMMEN.



Peter Hug, internationaler Sekretär der SP Schweiz

Seit Jahren versucht die SP Schweiz zusammen mit ihr nahe stehenden Schwesterparteien, die Sozialistische Internationale (SI) zu erneuern. Am letzten SI-Kongress von 2012 in Kapstadt wehrte jedoch eine knappe Mehrheit von 46:36 Stimmen einmal mehr den Versuch ab, eine neue Führungsriege um Mona Sahlin, die ehemalige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens, zu installieren. Stattdessen setzte sich die alte Führungsriege durch: Präsident Giorgos A. Papandreou, der als langjähriger Ministerpräsident Griechenlands auf Steuerprivilegien für Reiche, von Korruptionsskandalen begleitete hohe Militärausgaben und den staatlich finanzierten Klientelismus seiner Partei setzte, Vizepräsident und Kongress-Gastgeber Jacob Zuma, der bis zum Hals im Korruptionssumpf steckende südafrikanische Staatschef, und der Chilene Luis Ayala, der seit 1989 (!) als SI-Generalsekretär hauptverantwortlich ist für den von Willkür und Intransparenz geprägten Führungsstil.

Ausschluss der SP Schweiz?

Letzterer dürfte am nächsten SI-Kongress in Kolumbien problemlos für eine weitere Amtsperiode bis 2020 bestätigt werden. Denn seit dem letzten SI-Kongress von 2012 haben sich die Mehrheitsverhältnisse stark verschoben: 34 verdiente sozialdemokratische Parteien aus fünf Kontinenten, die meist eher dem Reformflügel angehören, haben ihre Mitgliedschaft verloren oder sind aus Enttäuschung ausgetreten: von der philippinischen Bürgeraktion Akbayan über die Partei für Demokratie und Fortschritt PDP/PS aus Burkino Faso bis zur Dominikanischen Arbeiterpartei; von der Australischen Labor Party über die Sozialdemokratische Union Mazedoniens bis zur Partei der Arbeit PvdA der Niederlande. Gleichzeitig hinderte Luis Ayala die Delegierten von SP Schweiz, SPÖ und anderen Schwesterparteien mithilfe von Sicherheitskräften am Betreten des Saales, in dem die SI ihre Ratstreffen durchführte. Stattdessen liess er dort Figuren mit langen Reden auftreten, welche nicht einmal einer ordentlichen SI-Mitgliedschaft angehören.

Am nächsten SI-Kongress, der vom 2. bis 4. März 2017 in Kolumbien tagt, dürften voraussichtlich weitere 31 Parteien ausgeschlossen werden. Darunter die SP Schweiz, die SPD, die SPÖ, Labour UK, Labour Norwegen, SP Dänemark, SAP Schweden sowie verdiente Schwesterparteien aus allen fünf Kontinenten, von Algerien, Gambia, Kamerun und Zimbabwe über Malaysia und Nepal bis Kanada oder Uruguay.

Reform rückt in weite Ferne

Am SI-Kongress 2017 dürften damit 65 Parteien fehlen, die 2012 noch SI-Mitglieder waren. Stattdessen beantragen Papandreou und Ayala die Aufnahme von ihnen nahe stehenden Parteien wie der Voluntad Popular und Un Nuevo Tiempo aus Venezuela oder der Nationalen Befreiungsfront FNL. Die FNL ist in Algerien unter Abd al-Aziz Bouteflika an der Macht erstarrt und macht mehr mit Menschenrechtsverletzungen von sich reden als mit sozialdemokratischer Politik. Weitere wenig sozialdemokratische Parteien wie der indische Nationalkongress und die seit Jahrzehnten in Tansania an der Macht stehende Chama Cha Mapinduzi werden in Kolumbien voraussichtlich als Vollmitglieder in die SI aufgenommen. Die von der SP Schweiz in Form von Parteitagresolutionen 2011 und 2014 geforderte Reform der SI rückt damit in weite Ferne.

Trotz allem: Festhalten an der SI

Dennoch bleibt das Ziel erhalten, die Sozialistische Internationale zu erneuern und wieder zu dem zu machen, was sie während Jahrzehnten war: eine der wichtigsten globalen Stimmen der sozialdemokratischen Parteien. Nach wie vor gehören der SI Schwesterparteien an, die der SP Schweiz nahe stehen. Zudem bekräftigte die «Progressive Allianz» kürzlich an ihrer Sitzung in Berlin erneut das Ziel, eines Tages wieder mit einer reformierten SI zusammenzugehen. Das dürfte freilich erst möglich sein, wenn Luis Ayala 2020 nach 31 Jahren im Amt als SI-Generalsekretär abtritt. Die «Progressive Allianz» ist für die SP Schweiz inzwischen die wichtigste Plattform, um sich auf globaler Ebene mit Schwesterparteien zu vernetzen. Mit ihrer Kampagne für menschenwürdige Arbeit für alle sowie der kürzlich in Brüssel im Beisein von Präsident Christian Levrat lancierten Kampagne für Frieden und Gerechtigkeit hat sie bewiesen, dass sie über ein breites, echt sozialdemokratisches Netzwerk verfügt, das Menschen bewegen kann.



Occupy Pharma

WAS KÖNNEN WIR DAGEGEN TUN, DASS DIE PHARMAINDUSTRIE MILLIARDEN DAMIT MACHT, MEDIKAMENTE ZU EXORBITANTEN PREISEN ZU VERKAUFEN? AM KONGRESS RECLAIM DEMOCRACY BEFASSEN SICH MEHRERE ATELIERS MIT SOLCHEN FRAGEN DER WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE, INSBESONDERE IN DER PHARMAINDUSTRIE.

Big Pharma steht seit Jahren wegen ihrer toxischen Preise in der Kritik. Manche Preise sind so exorbitant hoch, dass viele Menschen von einer Behandlung ausgeschlossen werden – nicht nur in den Ländern des Südens, sondern zunehmend auch in reichen Ländern wie der Schweiz. Ein aktuelles und in den Medien viel beachtetes Beispiel ist das Hepatitis-C-Medikament Sovaldi, hergestellt durch den Pharmakonzern Gilead Sciences. Die Herstellungskosten für das Medikament belaufen sich auf weniger als 350 Dollar für eine komplette Therapie. Der Konzern verlangt dafür aber in der Schweiz über 50 000 Franken. Dieser Preis ist mindestens zwanzigmal höher, als das, was sich mit Forschungs- und Entwicklungskosten rechtfertigen liesse. Das Beispiel ist leider keine Ausnahme. Vielmehr befindet sich der ganze pharmazeutisch-medizinische Komplex auf einer Irrfahrt. Begonnen hat diese Rallye mit dem Leukämiemedikament Glivec von Novartis, das von den Patientinnen

und Patienten lebenslang eingenommen werden muss. Glivec war bei seiner Markteinführung 2001 eines der ersten Medikamente, dessen Preis jede Bodenhaftung verlor. Eine Jahresbehandlung kostete lange Zeit bis zu 100 000 Franken (je nach Land), und Novartis verdiente über die Jahre Dutzende von Milliarden Franken mit diesem «Kassenschlager».

Die Denknetz-Fachgruppe «Big Pharma» hat intensiv darüber diskutiert, wie auf die unhaltbare Situation reagiert werden kann. Kurzfristig ist etwa zu prüfen, ob bei völlig übersteuerten Medikamentenpreisen eine Klage wegen gewerbsmässigen Wuchers möglich ist. Mittel- und langfristig braucht es jedoch ein Bündel von Reformen: Big Pharma muss so reguliert werden, dass das Wohl der Patientinnen und Patienten ins Zentrum gestellt wird. Doch das wird nicht ausreichen: Die öffentliche Hand muss in den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie Produktion von

Beat Ringger, geschäftsleitender Sekretär von Denknetz

Medikamenten eine eigenständige Macht werden, um zu verhindern, dass (alte und neue) Regulierungen ständig wieder von Neuem unterlaufen werden. Wir brauchen einen neuen Service public Pharma. Wie ein solcher aussehen könnte und wie wir einen solchen Ansatz durchsetzen können, will die Fachgruppe am 2. Februar in ihrem Atelier mit den Teilnehmenden diskutieren.



RECLAIM DEMOCRACY: ATELIERS MIT BEZUG ZUR WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE

S70 Demokratie endet nicht am Arbeitsplatz

Erfahrungen und Perspektiven betrieblicher Mitbestimmung. Mit Wolfgang Schröder (Uni Kassel), Heinz Gabathuler (Uni Zürich), Tamara Funciello (Juso), Elli von Planta (ehem. Personalvertreterin UBS), Corrado Pardini (Unia), Romeo Rey (Publizist). Fr, 9.45 Uhr

S3 Umkämpfte Care-Democracy

Mit Katharina Pühl (RLS), Sarah Schilliger (Soziologin), Christa Wichterich (feministische Publizistin), Gabriele Winker (Netzwerk Care Revolution)

S11 Toxic Pharma

Mit Franco Cavalli (Onkologe und Alt-Nationalrat), Patrick Durisch (Publiceye), Michel Romandens (Kardiologe und VEMS). Do, 14.15 Uhr

S18 Die Leuchttürme der Big Pharma in Basel

Stadtentwicklung und die Macht der Multis. Mit Olivia Jost, Jonas Aebi und Hans Schächli von Multiwatch. Do, 16.15 Uhr

S71 Selbstverwaltete Betriebe

Erfahrungen und Perspektiven. Mit Bettina Dyttrich (WOZ), Johannes Wickli (ehem. SSR), Ursina Eichenberger (ortoloco), Peter Nobs und Paul Blaser (Laborgemeinschaft 1). Sa, 9.45 Uhr

S72 Wirtschaftsdemokratie – eine Debatte

Mit Andres Frick (ehem. KOF), Johannes Wickli (Ökonom), Romeo Rey (Publizist). Sa, 13.45 Uhr

S2 Die Weltmacht der Konzerne brechen

Mit Silva Lieberherr und Roman Künzler (Multiwatch), Yvonne Zimmermann (Solifonds). Sa, 9.45 Uhr

S14 Die Demokratisierung der Zentralbanken

Mit Hans Schächli und Roland Herzog (Denknetz). Do, 14.15 Uhr

S5 Streik – Schule der Demokratie?

Das Beispiel des fünfmonatigen Kampfes bei Exten im Tessin. Mit Enrico Borelli und Vincenzo Cicero (Unia). Do, 14.15 Uhr

S9 Demokratie und Commons

Mit Lukas Peter. Sa, 9.45 Uhr

Mehr Infos und das gesamte Programm unter www.reclaim-democracy.org
Sichere dir jetzt die Teilnahme mit dem vergünstigten Kongress-Pass im Vorverkauf.



Mobilität ist mehr als Transport

WIE KANN DER ÖFFENTLICHE VERKEHR BENUTZERFREUNDLICHER UND DER ÖFFENTLICHE RAUM IN DEN STÄDTEN LEBENSWERTER GESTALTET WERDEN? RUND 100 MITGLIEDER HABEN SICH AM HERBSTANLASS DER SP60+ ÜBER DIESE FRAGEN AUSGETAUSCHT.

Es ist ein Grundbedürfnis des Menschen, mobil zu sein. Das gilt auch im Alter als Fussgänger, mit dem Velo und vor allem für die Nutzung des öffentlichen Verkehrs. Allerdings ist es in unseren Städten oft nicht angenehm, ja sogar bedrohlich, Fussgängerin oder Fussgänger zu sein. Denn der motorisierte Individualverkehr verursacht nicht nur Lärm und Abgase, sondern auch ganz spezielle Schwierigkeiten und Gefahren für ältere Menschen.

Der öffentliche Verkehr in der Schweiz funktioniert auf hohem Niveau. Die Kehrseite davon: Es entstehen immer mehr Probleme für ältere Benutzerinnen und Benutzer – Schwierigkeiten, in einen Wagen zu steigen, lange Wege zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln (vom Zug zum Bus), zu kurze Umsteigezeiten, mangelnde Sicherheit in den Randstunden, komplizierter werdende Billettautomaten sowie die Schliessung von Billetverkaufsstellen, um nur einige Beispiele zu nennen.

Der Wert des öffentlichen Raums

Nach den Grussbotschaften von Beat Züsli, dem neu gewählten SP-Stadtpräsidenten von Luzern, und David Roth, dem Präsidenten der Luzerner Kantonalpartei, führte Carlo Lepori, Co-Präsident von SP60+, in die Tagung ein. Er stellte den Bericht vor, den die SP60+-Arbeitsgruppe Verkehr und Energie erarbeitet hat.

Bezogen auf den öffentlichen Raum wird darin unter anderem gefordert:

- Siedlungsverdichtung bei gleichbleibender Lebensqualität
- Einführung von flächendeckendem Tempo 30 innerorts in den Quartieren und wenn möglich auf den Hauptachsen
- Tempo 20 in Begegnungszonen in den Zentren
- Mehr Sitzgelegenheiten und Toiletten entlang von Fusswegen
- Anpassung der Ampelsteuerungen auf das Gehtempo älterer Menschen.

Diese Forderungen betreffen die gesamte Bevölkerung, denn das eigentliche Problem liegt darin, dass der Wert des öffentlichen Raums in unseren Städten oft verloren gegangen ist.

Konflikte im Alltag

Caroline Beglinger, Co-Geschäftsleiterin des VCS, stellte ein Papier vor über Würde und Mobilität in jedem Alter. Sie unterstrich, dass die Probleme nicht nur ältere Menschen betreffen, sondern auch Kinder und alle, die nicht im Vollbesitz ihrer physischen Kräfte sind.

Thomas Hardegger, SP-Nationalrat und Präsident Fussverkehr Schweiz, unterstrich den Wunsch nach Wohlbefinden im öffentlichen Raum. Besonders sprach er die Konflikte zwischen verschiedenen Verkehrsteilnehmenden an.



Marianne de Mestral und Carlo Lepori, Co-Präsidentum SP60+

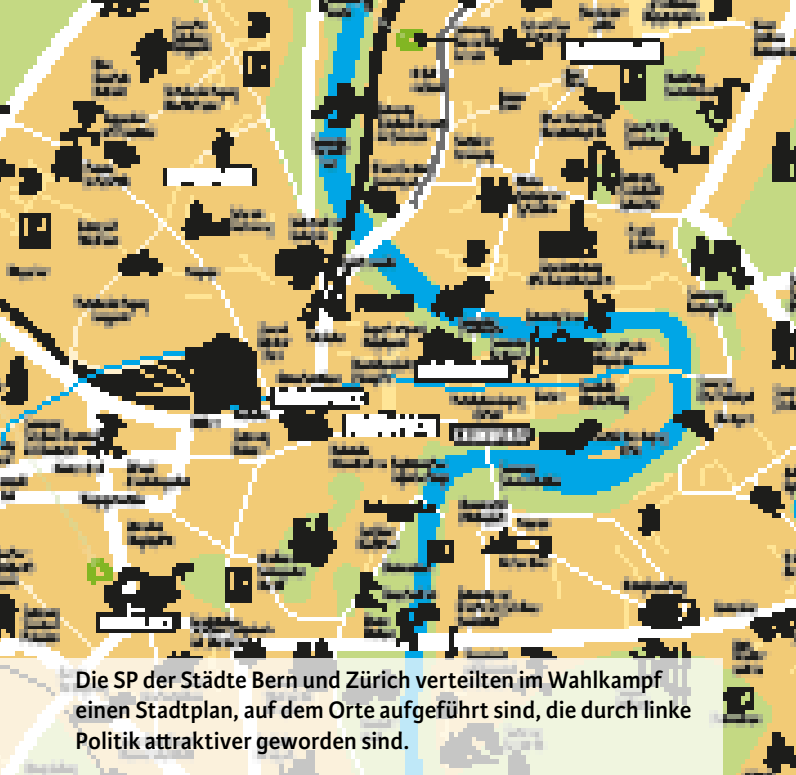
Marianne de Mestral, die Co-Präsidentin von SP60+ Schweiz, ist neu Vizepräsidentin der Europäischen SeniorInnen-Organisation ESO (European Senior Organisation). Die ESO vertritt auf europäischer Ebene die Interessen der Seniorinnen und Senioren. Sie gehört der Party of European Socialists (PES) an.

Er forderte mehr Ressourcen für den öffentlichen Raum, insbesondere mehr Personal und Finanzen für Planung und Realisierung von Fusswegen, Plätzen und Aufenthaltsbereichen, genügend sichere Fussgängerstreifen und eine Überarbeitung der Verkehrsregeln, da eine Mischung von Fussverkehr und Veloverkehr nicht haltbar sei.

Stadtrat Adrian Borgula (Grüne), Direktor Umwelt, Verkehr und Sicherheit, und Norbert Schmassmann, Direktor der Verkehrsbetriebe Luzern, sprachen über die Gestaltung des öffentlichen Raums und die Benützung des öffentlichen Verkehrs im Alltag sowie Probleme in der Praxis. Sie zeigten auf, dass Konflikte zwischen effizienter Nutzung und der Gestaltung des Raums entstehen können.

Orte der Begegnung

In der anschliessenden Diskussion sprachen verschiedene Teilnehmende über wünschbare Qualitäten des öffentlichen Raums. Klar wurde: Mobilität ist mehr als Transport. Françoise Gottret-Schenk, Vorstandsmitglied SP60+, ergänzte dies mit einem Erfahrungsbericht zu einem abgelehnten Gesetzesvorstoss in Genf: Der frei zugängliche Raum sollte trotz baulicher Verdichtung als Begegnungsort nicht verkleinert werden. Städte und Gemeinden müssen sich bei der Planung überlegen, wie Strassen und Plätze wieder eine stärkere Rolle bekommen können. Sie sind wichtig als Orte der sozialen Begegnung und der Gestaltung unseres Zusammenlebens.



Die SP der Städte Bern und Zürich verteilten im Wahlkampf einen Stadtplan, auf dem Orte aufgeführt sind, die durch linke Politik attraktiver geworden sind.



Die Welt ist gestaltbar – hier und heute

IM LETZTEN «LINKS» HABE ICH ZWEI REZEPTE GEGEN POLITISCHE OHNMACHT VORGESTELLT: WICHTIGEN ANLIEGEN DER BÜRGER UND BÜRGERINNEN EINE STIMME ZU GEBEN UND MACHTVERHÄLTNISSE SICHTBAR ZU MACHEN. ES GIBT ABER NOCH WEITERE MÖGLICHKEITEN, OHNMACHT ZU ÜBERWINDEN, ETWA DURCH DIE LUSTVOLLE GESTALTUNG UNSERER LEBENSWELTEN.

Kleine Erfahrungen von demokratischem Mittun, von Selbstermächtigung können wie ein Ferment wirken. Etwa als Gruppe eine Förderhilfe für Migrantenkinder aufbauen, mit Urban Gardening gemeinsam unsere Umgebung verändern, im Quartier Begegnungszentren schaffen, Wohngenossenschaften ausbauen – es gibt viele Möglichkeiten. Inspirierende Beispiele dazu finden sich im kürzlich erschienenen Handbuch «Tsure verändern» (Eigenverlag Kulturbande, ISBN 978-3-033-05469-1) oder im Film «Tomorrow» (www.tomorrow-derfilm.de/), der Menschen und Initiativen in widerständigem Aufbau porträtiert. Wer sich mit anderen zusammen in der Gestaltung unserer Lebensräume engagiert, macht wichtige Erfahrungen von Emanzipation, von Selbstermächtigung, von Glück. Sie wirken wie ein Feuer, das sich ausbreitet. «Wird Zeit, dass wir leben», heisst eines meiner Lieblingsbücher. Was der Titel sagen will, ist: Wir sollten Veränderung nicht delegieren,



Heinz Looser, Begleitgruppe Organisation und Projekte der SP Schweiz

an die langatmige Politik, sondern selber tätig werden. Selbstverständlich unter Einbezug von Parlamentarierinnen und Exekutivpolitikern, die demokratische Initiativen unterstützen und Rahmenbedingungen verbessern können. Die SP ist also nicht nur als politische Kraft gefragt, sondern auch im praktischen Tun.

Auch im Blick auf unsere Ziele tun wir gut daran, Ansätze von gemeinschaftlicher Gestaltung zu fördern, so klein sie auch sein mögen – sie sind der Beginn des Grossen.

Wider das Vergessen

Wenn wir die Welt als politisch gestaltbar und als politisch gestaltet verstehen, gilt es auch die Kräfte der Veränderungen sichtbar zu machen. Wir müssen davon reden, was die demokratischen und linken Kräfte in diesem Land – und sonst wo – alles schon erreicht haben. Angefangen bei den Menschenrechten, postuliert durch die Französische Revolution, heute hart attackiert von jenen, die einen Feudalismus des Geldes einführen wollen. Oder bei der Einführung von AHV und IV, die man erstritten hat und die vor hundert Jahren noch als utopisches Wunschbild abgetan wurden. Auch an die kleinen Verbesserungen in den Städten und Gemeinden muss stets wieder erinnert werden. Dass sich im politischen

Feld trotz allem etwas bewegt, ist nämlich oft nicht sichtbar, die parlamentarische Kleinarbeit und ihre wichtigen Resultate werden nur von wenigen wahrgenommen. Und Erfolge geraten schnell wieder in Vergessenheit: In Zürich steht mit der Roten Fabrik anstelle eines von den Bürgerlichen geplanten Nobelhotels ein Kulturzentrum am See. Wie viel Arbeit der Linken, insbesondere der dortigen SP-Sektion, hinter diesem Begegnungsort steckt, wissen die wenigsten von all denen, die dort einen schönen Abend geniessen. Dem Vergessen könnte man entgegenwirken: mit einer einfachen, aber illustrativen Erinnerungstafel. Es wäre effiziente Werbung für die SP und Ermunterung für alle, dass Widerstand sich lohnt. Auch dass wir heute eine sauberere Luft haben als in den 80er-Jahren, ist weitgehend unser Verdienst. Die SP der Stadt Zürich wie auch die SP der Stadt Bern haben einen ersten Versuch gemacht mit dem positiven Erinnern: Sie verteilten vor den Wahlen einen Stadtplan, auf dem Orte aufgeführt sind, die durch linke Politik attraktiver wurden. Anschaulich könnte auch eine «Score Card» sein: ein Häkchen für die erreichten Anliegen, ein leeres Feld ohne Häkchen für all das, was als Nächstes ansteht. Packen wir's an, es lohnt sich!

Eine Winterthurer Weihnachtsgeschichte

DAS PROJEKT «EINE WINTERTHURER WEIHNACHTSGESCHICHTE» WURDE FÜR DIE UMWANDLUNG EINER KIRCHE IN EINE UNTERKUNFT FÜR ASYLSUCHENDE MIT DEM HIERZULANDE RENOMMIERTESTEN PREIS FÜR UNTERNEHMENSKOMMUNIKATION AUSGEZEICHNET.

«An einem Tag wie heute, wo die Reste Aleppos zerbombt werden, Frauen und Kinder gemeuchelt und dahingemetzelt werden, zu sagen: «Diese Menschen fliehen nicht vor dem Krieg und wir locken sie an – ehrlich gesagt, da fehlen mir die Worte dafür.» Mit dieser eindrücklichen Antwort reagierte der österreichische Bundeskanzler Christian Kern vergangene Woche in der ORF-Sendung «Bürgerforum» auf eine Aussage von Robert Lugar von der Partei «Team Stronach».

Die Worte dürfen uns aber gerade jetzt nicht ausgehen. Im Gegenteil: Es ist wichtig, zu vermitteln, weshalb wir etwas tun und wieso es sinnvoll und notwendig ist. Dass auch wir in der Schweiz während dieser humanitären Katastrophe und der grössten Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg unseren bescheidenen Beitrag leisten, einen kleinen Teil der flüchtenden Menschen aufzunehmen und willkommen zu heissen.

Eine Kirche als neues Zuhause

Wie so ein Beitrag aussehen könnte, erlebte ich vor einem Jahr in der Vorweihnachtszeit. Weil der Kanton Zürich aufgrund der steigenden Asylgesuche das Kontingent für Gemeinden erhöhte, musste die Stadt Winterthur innert zweier Monate für über 200 Asylsuchende Platz schaffen. Kein einfaches Unterfangen. Da kam unerwartet ein Mail der reformierten Kirchgemeinde Winterthur-Veltheim. Deren Kirche Rosenberg wurde vor fünfzig Jahren als zweite Kirche im Stadtkreis erbaut. Aufgrund der rückläufigen Mitgliederzahlen wurden neue Nutzungen gesucht. Die Kirchgemeinde machte der Stadt das Angebot, dort Asylsuchende unterzubringen. Innert weniger Tage wurde aus der Idee ein Projekt, das in der Nachbarschaft



Nicolas Galladé, Stadtrat von Winterthur, Vorsteher Departement Soziales

und in der Öffentlichkeit auf grosses Wohlwollen stiess. Am letzten Gottesdienst kurz vor Weihnachten sagte Pfarrer Arnold Steiner: «Es freut mich, dass unsere Gemeinde den Auftrag nicht nur widerwillig ausführen will, sondern die Chance erkennt, das neue Gesicht, das auch Winterthur dadurch bekommen wird, aus freiem Willen aktiv zu prägen. Als Kirchgemeinde orientieren wir uns an den christlichen Werten, dazu gehört, dass wir Flüchtlinge, die bei uns Sicherheit suchen, in Gottes Namen aufnehmen.»

Die richtige Geschichte

Anfang 2016 wurde die Unterkunft bezogen. Mittlerweile wohnen siebzug Menschen darin und haben sich gut eingelebt. Die erfolgreiche Projektorganisation und die gelungene Kommunikation wurden dokumentiert und für den «Swiss Corporate Communications Award», den renommiertesten Preis für Unternehmenskommunikation der Schweiz, angemeldet. Wir staunten nicht schlecht, als das Projekt für den Preis nominiert wurde – neben Jung von Matt/Limmat, AXA Winterthur,

Credit Suisse, Hotz Brand Consultants und Swiss. Und ich staunte erst recht, als das Departement Soziales der Stadt Winterthur gemeinsam mit der Agentur Jung von Matt/Limmat den Hauptpreis erhielt. Der Jury-Präsident hielt in seiner Laudatio fest: «Ja, meine Damen und Herren, auch das ist ein Beispiel für Unternehmenskommunikation: Wertschöpfung erfolgt hier durch Mehrung der öffentlichen Güter von Rechtssicherheit, Solidarität, staatlicher Handlungsfähigkeit und Sicherheit» oder «Das ist unternehmerisch, meine Damen und Herren, im eigentlichen Sinn des Wortes. Hier ist die richtige Geschichte zur richtigen Zeit am richtigen Ort auf richtige Weise mit recht durchmischten Leuten aufrichtig – nein, nicht erzählt, sondern gelebt worden.»

Die «Winterthurer Weihnachtsgeschichte» zeigt auf, dass wir mit einer klaren, solidarischen Haltung auf pragmatische Weise und mit einer offenen und ehrlichen Kommunikation viel bewegen können, indem wir Wohlwollen und freiwilliges Engagement begünstigen, um gerade angesichts der globalen Situation vor Ort einen kleinen, aber wichtigen Beitrag zu leisten für ein gutes Zusammenleben.



Das habe ich gerne gemacht



«Fast 70 Jahre Politik und Partei auszuhalten, benötigt mental und physisch eine robuste Kondition», meint Helmut Hubacher, seit 1947 Mitglied in der SP. «Das geht nur, wenn man gerne Politiker ist. Politik soll nicht nur Freude bereiten, sondern auch Sinn ergeben.» Das ist bis heute seine Motivation geblieben. Er sei, sagt er von sich, kein 100-Meter-Sprinter, sondern ein Langstreckenläufer: 34 Jahre lang als Nationalrat, 15 Jahre als Parteipräsident – beides ist nahezu rekordverdächtig.

Hubacher schreibt keine klassische Autobiographie – aber er schreibt persönlicher als sonst: Das Buch vermittelt Einblick in sein Leben und Denken. Was fasziniert ihn an der Politik? Wie hat er sich Freizeit reserviert, um nicht aufgefressen zu werden? Wie hat er Niederlagen durchgestanden? Ist er ehrgeizig? Geniesst er die Öffentlichkeit? Hat ihn Politik reich gemacht? Und wieso sind Menschen das Interessante in der Politik? Hubacher porträtiert viele von ihnen, vom Taxichauffeur bis zu Willy Brandt. Herausgekommen ist ein Buch voller Erinnerungen, das sich wie ein Politroman liest.

Helmut Hubacher – Das habe ich gerne gemacht

Politische und persönliche Erinnerungen, Erstausgabe November 2016
ISBN 978-3-7296-0932-7

«Konzerne Stadt Demokratie»



Unsere lokalen, städtischen Lebensräume sind mit den globalen wirtschaftlichen Kreisläufen verweben. Die Politik auf Gemeindeebene bewegt sich weg von nachfrageorientierten Eingriffen in den Wohnungsmarkt oder in die Stadtplanung, hin zur angebotsorientierten Förderung von «Wachstumspotenzialen»: Über Steuererleichterungen, Privatisierungen oder Investitionen in ökonomische «Schlüsselbranchen» buhlen Städte im globalen Standortwettbewerb um Konzerne und hochausgebildete Arbeitskräfte. Die Macht der Konzerne materialisiert sich so direkt in städtischen Räumen, in der Kommunalentwicklung, in der Politik der städtischen Zentren.

Das Widerspruch-Heft 68 zeichnet in seinem Schwerpunkt anhand detaillierter Fallstudien verschiedener Schweizer und internationaler Städte nach, wie multinationale Unternehmen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse nehmen. Und, vor allem, wie diese Geltungsmacht in der Wohn-, Stadtentwicklungs- und Steuerpolitik ermöglicht und gefördert wird. Im Gegenzug stellt es die Frage, wie stadtpolitische Bewegungen gegen die Macht von Konzernen vorgehen und wie Machtverhältnisse verschoben werden können, damit politische Entscheide von den betroffenen Bevölkerungen selbst gefällt werden können.

Widerspruch 68 – Konzerne Stadt Demokratie

224 S., Fr. 25.–, November 2016, www.widerspruch.ch

Wir suchen per 1. März 2017 oder nach Vereinbarung eine/einen

ProjektleiterIn (70%) in der Abteilung Bewegung/IT

Unsere Abteilung ist zuständig für Wahlkampfprojekte mit Kantonalparteien und Sektionen, die Zusammenarbeit mit Freiwilligen, die Mitgliederentwicklung, die Bildungsarbeit und verschiedene IT-Projekte. Zur Ergänzung unseres Teams suchen wir eine motivierte Person. Der Fokus deiner Arbeit liegt bei Wahlkämpfen (inkl. Führung von befristet angestellten KampagnenmitarbeiterInnen) und verwandten Projekten der SP Schweiz und in verschiedenen Kantonen der Deutschschweiz. Dazu kommen weitere Aufgaben, passend zu deinen Fähigkeiten.

Dein Profil:

- Erfahrung in Wahlkämpfen oder anderen politischen Kampagnen
- Selbstständige, systematische und strukturierte Arbeitsweise
- Organisationstalent, Belastbarkeit und Flexibilität
- Hohe Sozialkompetenz, Freude am Kontakt mit Menschen und an der Arbeit im Team
- Erfahrungen in Freiwilligenarbeit und Interesse daran
- Führungs- und Projektleitungserfahrung ist von Vorteil
- Gewandtheit im Verfassen von Texten
- Sehr gute Kenntnisse der deutschen und idealerweise auch der französischen Sprache
- Gute Computerkenntnisse (Word, Excel, Powerpoint, CMS)
- Kenntnisse der Parteistrukturen und hohe Identifikation mit den Werten der Sozialdemokratischen Partei

Unser Angebot: Dich erwartet eine vielseitige, herausfordernde und interessante Tätigkeit in einem jungen, motivierten und aktiven Team mit viel Raum zur Mitgestaltung. Die Anstellung ist unbefristet und wir bieten fortschrittliche Arbeitsbedingungen mit einem GAV. Arbeitsort ist unser Zentralsekretariat in Bern in Bahnhofsnähe.

Weitere Auskünfte erteilt Marco Kistler
(marco.kistler@spschweiz.ch, 079 297 79 23),
Abteilungsleiter Bewegung/IT. Schicke deine Bewerbung
so schnell wie möglich, spätestens aber bis am
1. Januar 2017, elektronisch an marco.kistler@spschweiz.ch.



Wir suchen per 1. Februar 2017 oder nach Vereinbarung eine

Zentralsekretärin SP Frauen* (50%)

Dein Verantwortungsbereich: Als Zentralsekretärin besteht deine Aufgabe in der Konzeption, Organisation und Durchführung von feministischen und gleichstellungspolitischen Kampagnen und Aktionen. Zudem bist du für die Planung und Organisation von Mitgliederversammlungen und weiteren Anlässen, die Kommunikation, die Vernetzung sowie die Zusammenarbeit mit der SP-Fraktion und anderen Organisationen verantwortlich.

Dein Profil: Du verfügst über profunde Kenntnisse in der Gleichstellungs- und Geschlechterpolitik. Du kennst die feministischen Debatten und hast ein Netzwerk in diesem Bereich. Du bist vertraut mit feministischer Bewegungsarbeit und hast Lust, die SP Frauen* stärker und sichtbarer zu machen. Du hast Erfahrung mit politischen Kampagnen und mit den Medien; der Umgang mit Social Media ist dir vertraut. Du kennst die politischen Mechanismen und Abläufe auf nationaler Ebene, hast Erfahrung in der Projektarbeit und verfügst über sehr gute Kenntnisse der deutschen und der französischen Sprache. Du arbeitest gerne selbstständig, hast aber auch die Fähigkeit zum Arbeiten im Team. Du bist kommunikativ und gehst offen auf Menschen zu. Ferner bist du eine belastbare und flexible Persönlichkeit, die auch in hektischen Zeiten den Überblick bewahrt, gerne Verantwortung trägt und Prioritäten setzen kann. Du bist mit den Zielen und Werten der Sozialdemokratie vertraut und fühlst dich diesen verpflichtet.

Unser Angebot: Wir bieten eine vielseitige und interessante Tätigkeit, ein angenehmes Arbeitsklima und fortschrittliche Arbeitsbedingungen (GAV).

Wenn du interessiert bist, in einem politischen Umfeld zu arbeiten, sende deine Bewerbungsunterlagen bis am 16.1.2017 an:
bewerbung@spschweiz.ch oder an SP Schweiz,
Leyla Gül, Co-Generalsekretärin, Postfach, 3001 Bern.
Weitere Auskünfte erteilt Leyla Gül unter
Tel. 031 329 69 78.



Meine Anliegen am Arbeitsplatz durchsetzen D2.4.1719

24.–25.1.2017, Hotel Auberge Langenthal
Erkennen und Einschätzen von Verhandlungsspielräumen, Vorbereitung und Phasen eines Verhandlungsgesprächs, Win-win-Strategien (Harvard-Prinzipien), Techniken im Gespräch, Fallbeispiele. Referent: Roland Christen (Organisationsentwickler)

Excel: Aufbaukurs (MS Office 2013) D2.6.1724

17.2.2017, Computerschule, Bern
Hilfreiche Tastenbefehle, effiziente Datenverwaltung und -gestaltung, bedingte Formatierungen und Berechnungen, Formeln mit Bezügen, Bearbeiten mehrerer Tabellenblätter, Excel-Adressdatei für Seriendrucke mit Word. Referent: Bela Filep (Informatik-coach)

Basiskurs für Mitglieder von Stiftungsräten und Vorsorgekommissionen D1.8.1701

8.3.–10.3.2017, Freienhof, Thun
Zusammenspiel der Sozialversicherungen, BVG, Begriffe, Verantwortung, Haftung, Kapitalzins, technischer Zinssatz, Rechtsverhältnisse, Deckungsgrad, Säule 3a. Referenten: Sabino Di Mambro (Fachmann für Personalvorsorge), Roman Kahr (Fachspezialist BVG), Heinrich Nydegger (Unia)

Aggressionen im öffentlichen Dienst D2.4.1726

9.–10.3.2017, Müllers Posthotel, Oberberg
Aggressionen und ihre Ursachen, Kommunikation und Wahrnehmung, Deeskalationsstrategien, Selbstmanagement. Referent: Fritz Zurflüh (Ausbildner und Berater)

Selbstsicheres Auftreten D2.4.1715

13.–14.3.2017, Hotel Toggenburgerhof, Kirchberg SG
Sicherheit gewinnen, rhetorische Stilmittel, Videotraining. Referentin: Nora Herzog (Erwachsenenbildnerin)

PC-Einstiegskurs für SeniorInnen (Windows 8/MS Office 2013) D2.6.1719

14.3.–16.3.2017, Technopark, Zürich
Grafische Benutzeroberfläche von Windows 8 kennenlernen, Einblick in das Arbeiten mit dem MS-Office-Programm Word (MS Office 2013) gewinnen, einfache Internet-suche, E-Mail-Adresse einrichten, E-Mails mit Beilagen senden. Referent: Peter Schriber (Informatik-coach)

Aufbaukurs für Mitglieder von Stiftungsräten und Vorsorgekommissionen D1.8.1703

22./24.3.2017; Solbadhotel, Sigriswil
Freizügigkeits- und Wohneigentumsförderungsgesetz, Teilliquidation, Anlageorganisation BVV 2, Risiken, Deckungsgrad, internes Kontrollsystem (IKS), Strukturreform.

Referenten: Sabino Di Mambro (Fachmann für Personalvorsorge), Roman Kahr (Fachspezialist BVG), Heinrich Nydegger (Unia)

AGENDA 2016/2017

12. FEBRUAR
Abstimmungen

17. FEBRUAR
Die Fraktion lädt ein

1. APRIL
DV

6. MAI
Mitgliederkonferenz SP60+, Bern

21. MAI
Abstimmungen

24. JUNI
DV

24. SEPTEMBER
Abstimmungen

14. OKTOBER
DV

1. NOVEMBER
Abstimmungen

11. NOVEMBER
Herbstanlass SP60+, Zürich

Ein Film von Rune Denstad Langlo («Nord»)

INTERNATIONALES FILMFEST GÖTTERBERG PUBLIKUMSPREIS

Welcome to Norway!

INTERNATIONALES FILMFEST ENGEN NORDENEN PUBLIKUMSPREIS

AB 15. DEZEMBER IM KINO

ZÜRICH FILM FESTIVAL

Clara lebt seit ewig im selben Haus. Nun soll es einem Neubau weichen. Doch Clara kämpft gegen die Immobilien-Haie...

SYDNEY FILM FESTIVAL WINNER BEST FILM

ZÜRICH FILM FESTIVAL

SELECTION OFFICIELLE COMPÉTITION FESTIVAL DE CANNES

SONIA BRAGA

AQUARIUS

Ein Film von Kleber Mendonça Filho

«Ein Film darüber, wie Orte unsere Identität beeinflussen.»

Variety

Ab 12. Januar im Kino

FILM COOP

Milliarden- Bschiss am Mittelstand!

**Wir bezahlen, Grossaktionäre
profitieren. So nicht!**

NEIN

**Abstimmung vom
12. Februar 2017
über die USR III**

zum Unternehmenssteuer-Bschiss